

NRW

Gewalt-Meldesystem für Rettungskräfte

[17.01.2022] In Nordrhein-Westfalen sollen Rettungskräfte gegen sie gerichtete körperliche Angriffe, verbale und non-verbale Übergriffe sowie Sachbeschädigungen unkompliziert online und plattformunabhängig melden können. Ein entsprechendes IT-System wird nun in zwölf Kreisen und kreisfreien Städten pilotiert.

In Nordrhein-Westfalen wird jetzt ein Portal zur Meldung von Gewaltübergriffen auf Rettungskräfte pilotiert. Wie das Ministerium für Inneres, Arbeit, Gesundheit und Soziales mitteilt, richtet sich das Innovative Melde- und Erfassungssystem Gewaltübergriffe (IMEG) direkt an die Einsatzkräfte von Rettungsdienst und Feuerwehr. Sie können damit körperliche Angriffe, verbale und non-verbale Übergriffe sowie Sachbeschädigungen online und plattformunabhängig melden. Seit 2018 habe eine Arbeitsgruppe daran gearbeitet, ein niederschwelliges und freiwilliges Meldeangebot für Einsatzkräfte zu schaffen. Ab Dezember 2021 sei IMEG dann bei den Pilotleitstellen und Dienststellen im Land implementiert worden. Getestet werde es nun in den kreisfreien Städten Bochum, Krefeld, Hamm, Duisburg und Düsseldorf sowie den Kreisen Heinsberg, Herford, Mettmann, Lippe, Minden-Lübbecke, Warendorf und der Städteregion Aachen. Die Kosten für das System werden in der Pilotphase durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales gedeckt. Das IMEG soll das Bewusstsein für Gewaltübergriffe gegen Rettungskräfte schärfen. Dabei stehe die Einsatzkraft und ihr Empfinden nach einem solchen Übergriff im Vordergrund. Zwar gibt es laut Ministerium an vielen Feuer- und Rettungswachen bereits eigene Prozesse, um die Einsatzkräfte nach einem Übergriff bestmöglich zu unterstützen. Das IT-System sei jedoch eine flexible Ergänzung, um den Meldeweg für die Einsatzkräfte zu vereinfachen und die Bearbeitung der Fälle zu beschleunigen. Je nach Schwere des Übergriffs erfolge ein intensiveres Management, das unter anderem aus psychosozialer Nachbereitung, Unfallanzeige und Strafantrag bestehen kann. „Die Erfahrung zeigt, dass es enorm wichtig ist, Hürden abzubauen, um Übergriffe zu melden“, erklärt Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. „Das Meldesystem bietet eine schnelle und unkomplizierte Übermittlung sowie ganz konkrete Hilfsangebote für die Betroffenen.“ Auf Initiative des nordrhein-westfälischen Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der komba gewerkschaft nrw, der Unfallkasse NRW, des Verbandes der Feuerwehren NRW, des Städtetages NRW, des Landkreistages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW wurde am 2. Oktober 2019 der Aktionsplan „Gemeinsam gegen Gewalt – Aktionsbündnis als Maßnahmenkatalog zum Schutz von Feuerwehr- und Rettungskräften“ veröffentlicht. Das IMEG ist laut Gesundheitsministerium ein bedeutender Bestandteil dieses Aktionsplans.

(ve)

Aktionsplan Gemeinsam gegen Gewalt

Stichwörter: Innere Sicherheit, Innere Sicherheit, Nordrhein-Westfalen